



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: **20-xxxx**

### Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	26.03.2015

#### **Altonaer Aufschrei – Rettet die Bezirke Dringlicher Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, DIE LINKE und FDP**

Aufgrund der Vorgaben des Senates werden im Altonaer Bezirksamt jährlich - und das mit einer Vorausplanung bis 2020 - ein Dutzend Stellen gestrichen (2014 waren es 20,5). Hinzu kommen bewirtschaftete Stellen, die bis zu zwei Jahren nicht nachbesetzt (und dann in der Regel gestrichen werden). Durch Qualifizierungslehrgänge und Krankheit sind weitere Stellen oft monatelang nicht besetzt.

Die Folge ist ein so extremer Druck auf die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen, dass sie vermehrt krank werden, und das mittlerweile auf allen Ebenen bis hinauf in Leitungspositionen. Dies wird befördert durch eine zunehmende Überalterung infolge von nicht Neu- bzw. Nachbesetzung freigewordener Stellen. Mittlerweile soll das Durchschnittsalter der im Bezirksamt Altona Beschäftigten bei über 50 Jahren liegen.

Diese Situation hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation der MitarbeiterInnen, sondern führt zunehmend dazu, dass in immer mehr Bereichen Arbeiten nicht (mehr) oder zumindest nicht in den vorgeschriebenen Zeiträumen/Fristen bewältigt werden können. Dies gilt mit Ausnahme des im Schonbereich befindlichen ASD für alle Abteilungen des Bezirksamtes. So sind in der Zuwendungsabteilung von sechs Sacharbeiterstellen derzeit nur drei besetzt. Verstärkungen aus anderen Abteilungen des Bezirksamtes sind nicht möglich. Zuwendungsbescheide werden nur mit wochen- teilweise sogar mit monatelanger Verspätung versandt, was die Arbeit der Zuwendungsempfänger (z.B. Träger der Jugendhilfe) erheblich behindert. Darüber hinaus werden Verwendungsnachweise derzeit praktisch nicht überprüft.

Die wachsende Anzahl der Überlastungsanzeigen belegt dies, hat allerdings lediglich eine rechtlich entlastende Funktion für die betroffenen KollegInnen, dergestalt, dass sie nicht mehr persönlich für liegen gebliebene Arbeiten verantwortlich gemacht werden können, ändert aber nichts an der Situation, da die Bezirksamtsleitung offenbar keinerlei Spielräume mehr hat, durch Personalverschiebungen Dauer-Engpässe in bestimmten Abteilungen abzufedern.

Die Bezirksversammlung mit ihrer Aufsichtsfunktion über das Bezirksamt kann dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen und beschließt deshalb:

- 1. In einer gemeinsamen Resolution der Altonaer Fraktionen an die Bürgerschaft und den Senat soll die unhaltbare und sich ständig weiter verschärfende Situation vorgetragen und Abhilfe eingefordert werden. An der Ausarbeitung einer solchen Resolution sollen die Bezirksamtsleitung und der Personalrat des Bezirksamtes mitwirken oder zumindest zu Rate gezogen werden.**

Die zu erstellende Resolution soll vom Vorsitzenden der Altonaer Bezirksversammlung an die anderen Bezirksversammlungen mit der Bitte um Unterstützung weitergeleitet werden.

2. Die Bezirksamtsleiterin wird gemäß § 19 Abs. 2 BezVG aufgefordert, gemeinsam mit ihren sechs Amtskollegen eine öffentliche Initiative zu starten und darin auf die drohende Arbeitsunfähigkeit der Bezirksämter hinzuweisen und damit aus dem Altonaer Aufschrei einen Hamburger Aufschrei zu machen.
3. Der Senat wird darüber hinaus gemäß § 27 BezVG aufgefordert, die Konsolidierungsvorgaben so zu gestalten, dass die Bezirke freiwerdende Stellen neu besetzen können und somit arbeitsfähig bleiben.

**Petitum:** Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.